

# Im Notfall keine Probleme

## Verteidigungsminister leugnet Bedenken bei Erster Hilfe

**Berlin** – Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat jetzt bestritten, dass es rechtliche Probleme für Erste-Hilfe-Maßnahmen durch Soldaten im Auslandseinsatz gebe. „Der Sanitätsdienst der Bundeswehr ist gesetzlich nicht daran gehindert, für militärische Einsatzszenarien ein spezifisches Konzept zur Lebensrettung zu entwickeln und hierfür auch Nicht-Sanitätspersonal heranzuziehen“, schrieb Jung an den FDP-Bundestagsabgeordneten Rainer Stinner. Rechtliche Bedenken, die er früher geäußert hatte, erwähnte Jung in dem am Mittwoch eingegangenen Brief nicht mehr. Anfang August hatte Jung noch davon gesprochen, es gebe einen „Zielkonflikt“ zwischen dem Bestreben, Soldaten so weit wie möglich lebensrettende Maßnahmen zu erlauben, einerseits und deutschen Rechtsgrundsätzen für die Übertragung ärztlicher Maßnahmen auf Nicht-

Mediziner andererseits. Jung widerspreche sich selbst, sagte Stinner dazu am Mittwoch.

Im Kern geht es darum, ob normale Bundeswehrsoldaten dazu ausgebildet werden dürfen, bei einem Notfall im Einsatz lebensrettende Eingriffe vorzunehmen, die nach deutschem Recht Ärzten vorbehalten sind. Soldaten der Spezialkräfte erhalten bereits eine solche Ausbildung, was nach Ansicht des Sanitätsinspektors Kurt-Bernhard Nakath durch die sogenannte Notkompetenz gedeckt ist. Gleichwohl gibt es nach Auffassung von Ärzteorganisationen eine rechtliche Grauzone, wie weit ärztliche Aufgaben auf Nicht-Mediziner übertragen werden dürfen. Eine Klarstellung, die Hilfeleistende vor Schadenersatzansprüchen schützt, erhofft sich die Bundeswehr von einer Novellierung des Rettungsassistentengesetzes, die aber erst in der nächsten

Legislaturperiode möglich ist.

Unabhängig davon hat die Führung des Sanitätsdienstes wegen der wachsenden Gefährdung der Soldaten in Afghanistan beschlossen, die Erste-Hilfe-Ausbildung zu verbessern. Sie sollen zu „Einsatzhelfern-B“ ausgebildet werden – damit können sie aber noch nicht so viel wie die Spezialkräfte. Soldaten im Einsatz kritisieren das und fordern, dass mindestens ein Soldat pro Patrouille über die höherwertige Ausbildung verfügen sollte.

Mit der Regelausbildung zum Einsatzhelfer-B soll laut Jung im Januar 2010 begonnen werden. Stinner kritisierte diesen Zeitplan: „Kostbare Zeit wird durch bürokratischen Irrsinn vergeudet, weil der Minister klare Entscheidungen scheut“, sagte er. *Peter Blechschmidt*